



II - Stadt- und Raumplanung

**Anregung und Beschwerde gemäß § 24 GO NRW vom 20. Mai 2019 vom  
Klimabündnis Oberberg:  
Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen**

Gremium	Status	Datum	Beschlussqualität
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	Ö	25.09.2019	Vorberatung
Stadtrat	Ö	01.10.2019	Entscheidung

**Beschlussentwurf:**

1. Der Rat der Hansestadt Wipperfürth bekennt sich zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.
2. Der Rat der Hansestadt Wipperfürth erkennt an, dass die Veränderung des Klimas auch in Wipperfürth ernsthafte Maßnahmen erforderlich macht um diese Ziele zu erreichen.
3. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität, daher ist es der Wille des Rates, die Stadt ganzheitlich, klimagerecht zu entwickeln.
4. Der Rat erklärt seinen Willen, die Belange des Klimaschutzes in gleichem Maße zu beachten wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger, den Erhalt der Landwirtschaft, sowie das Funktionieren des Wirtschaftsstandortes.
5. Der Rat setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Maßnahmen. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Gleichzeitig lehnt der Rat bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundung und den Aufwuchs von noch mehr Bürokratie ab.
6. Der Rat fordert die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes von 2014 mit dem Ziel, im Jahr 2050 die Co2 Neutralität zu erreichen.

**Finanzielle Auswirkungen:** keine

**Demografische Auswirkungen sowie Auswirkungen auf Inklusion:**

Konkrete Auswirkungen auf den demographischen Wandel oder auf die Inklusion sind nicht zu benennen.

## **Begründung:**

Es liegt eine Anregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) durch das Klimabündnis-Oberberg vom 20.05.2019 vor, dass die Hansestadt Wipperfürth eine Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes unterstützt.

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln.

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird.

Auch im Oberbergischen wird der Klimawandel zu spüren sein. Die Land- und Forstwirtschaft ist bereits von den Folgen der letztjährigen Hitze, Dürren und Stürmen sowie von den Siedlungen von Starkregen und Überschwemmungen stark betroffen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO beschreibt einen drohenden Zusammenbruch der Gesundheitssysteme durch die Zunahme klimabedingter Katastrophenlagen und einhergehender Krankheitsbilder, vor allem des Herz-Kreislaufsystems älterer Mitbürger.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

In Nordrhein-Westfalen zeigt sich ein differenziertes Bild hinsichtlich der Ausrufung des Klimanotstandes. Aktuell (Stand 10.09.2019) wurde in 163 Städten, Gemeinden und Kreisen eine Anregung zur Ausrufung des Klimanotstandes gestellt, davon haben 26 Kommunen den Klimanotstand ausgerufen. 28 Kommunen haben sich gegen die Ausrufung entschieden und in 3 Kommunen ist die Entscheidung als unzureichend eingestuft (Vgl.: [www.klimabuendnis-hamm.de](http://www.klimabuendnis-hamm.de)).

In der Vergangenheit wurde dem Klimaschutz in der Hansestadt Wipperfürth bereits Rechnung getragen.

Die Hansestadt Wipperfürth hat in 2014 das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) beschlossen und dem enthaltenen Maßnahmenkatalog zugestimmt sowie den Beschluss gefasst ein

Klimaschutzmanagement einzurichten, um den Maßnahmenkatalog des IKSK umzusetzen (Stadtrat 28.01.2014, TOP 1.5.2 und 1.5.3). Sowohl in 2017 als auch in 2018 war die Stelle des Klimaschutzmanagements jeweils für vier bzw. acht Monate besetzt und es wurde mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen. Nach einer zwölfmonatigen Unterbrechung des Vorhabens ist die Stelle des Klimaschutzmanagements seit September 2019 neu besetzt, sodass eine Wiederaufnahme der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen aus dem IKSK erfolgen kann.

Der Stadtverwaltung wie auch dem Rat der Hansestadt Wipperfürth ist sehr an einem aktiven und bestmöglichen Beitrag zum Klimaschutz gelegen, sodass bereits zugesichert wurde, die Stelle des Klimaschutzmanagements auch nach Auslaufen der 2-jährigen Restförderlaufzeit fortzuführen.

Die Hansestadt Wipperfürth nimmt die Anregung des Klimabündnis-Oberberg zur Ausrufung des Klimanotstands dankend auf. Der hier vorliegende Beschluss orientiert sich an der Vorlage für eine Bürgeranregung zur Ausrufung des Klimanotstandes, welche vom Klimabündnis Hamm zur Verfügung gestellt wird und inspiriert ist von einer der ersten Entscheidungen zum Klimanotstand der Stadt Basel. Die Ausrufung unterscheidet sich von der Anregung des Klimabündnis Oberberg darin, dass die Hansestadt Wipperfürth die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen berücksichtigen und abwägend prioritär behandeln wird.

Die Hansestadt Wipperfürth bekundet mit der Ausrufung zum Klimanotstand und dem Einstellen einer neuen Klimaschutzmanagerin ihren Willen und die Bereitschaft im Klimaschutz Verantwortung zu übernehmen.

\*\*\*\*\*

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat in seiner Sitzung am 25.09.2019 über die Anregung und Beschwerde gemäß § 24 GO NRW vom 20.Mai 2019 vom Klimabündnis Oberberg beraten. Dem vorgelegten Beschlusstext der Verwaltung wurde nicht gefolgt. Stattdessen wurden sowohl von der CDU-Fraktion, wie auch der SPD-Fraktion alternative Beschlussvorschläge vorgestellt. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, den Vorschlag der CDU-Fraktion dem Rat zu empfehlen. Entsprechende Begründung für den Beschlusstext ist dieser Vorlage unter der Anlage 3 zu entnehmen.

### **Anlagen:**

- Anlage 1 Antrag des Klimabündnis-Oberberg Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen
- Anlage 2 Auszug aus Niederschrift Sitzung des Stadtrates vom 28.01.2014 zu TOP 1.5.2 Klimaschutzkonzept der Hansestadt Wipperfürth
- Anlage 3 Alternativer Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 25.09.2019